☰





GABRIELE BATTAGLIA 2024-05-07

CHINA, WELCHE WOHLFAHRT FÜR DAS WACHSTUM?

ECONOFICTION CHINA, EXPORT, KONSUM, WACHSTUM

China hat für das erste Quartal 2024 ein Wachstum von 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gemeldet, die Prognosen der so genannten internationalen Analysten lagen bei 4,9 Prozent, also ist offenbar alles in bester Ordnung. Das Problem ist jedoch, dass das Wachstum zum x-ten Mal von Investitionen (vor allem Infrastruktur und verarbeitendes Gewerbe) und Exporten getragen wird, während der Konsum stagniert und die Einzelhandelsumsätze weiter zurückgehen.

Die meisten Ökonomen sind sich zwar einig, dass ein nachhaltiges BIP-Wachstum in China eine stärkere Rolle des Konsums als Wachstumsmotor erfordert als Investitionen und Handelsüberschüsse, doch in den letzten drei Monaten war genau das Gegenteil der Fall, wie

auch in der jüngsten Vergangenheit.
Es ist eine sichere Wette: Da es sich um eine sich selbst erfüllende Prophezeiung handelt, wird China sein BIP-Wachstumsziel von „rund 5 Prozent" für 2024 erreichen, das auf der jüngsten Doppeltagung des chinesischen Parlaments festgelegt wurde und dem des letzten Jahres ähnelt; aber nur, indem es sich auf die Dinge verlässt, die Peking seit mindestens einem Jahrzehnt nicht mehr tun will. Und natürlich wird – da die Exporte einer der Hauptfaktoren für das chinesische Wachstum sind – eine der Folgen eine weitere Verschlechterung der globalen Handelsbeziehungen sein, mit einer Rückkehr zu sogar recht expliziten Formen des Protektionismus seitens der EU und der USA.
Das chinesische Kopfzerbrechen, das sich in ein globales Kopfzerbrechen verwandelt, besteht also nicht in der von den Hüterinnen und Hütern der liberal-kapitalistischen Ordnung verbreiteten allpolitischen Begeisterung, wonach Peking „sein eigenes antidemokratisches Modell" exportieren möchte, sondern in der Tatsache, dass die Unfähigkeit, die eigenen strukturellen wirtschaftlichen Knoten zu lösen, sich in einem anderen Export niederschlägt: der eigenen Überproduktion, die (zusammen mit anderen, eher politischen Faktoren) zu Handelskriegen führt.
Am 16. April wiederholte der chinesische Staatschef Xi Jinping im Gespräch mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz bei einem Besuch in Peking, dass die westlichen Länder, die eine Zunahme der chinesischen Exporte ablehnen, nicht die Rolle berücksichtigen, die diese Exporte bei der Bekämpfung der Inflation (die seit mindestens 30 Jahren stattfindet) und der Klimakatastrophe spielen: eine neue Behauptung, die darauf zurückzuführen ist, dass China immer weniger billige Konsumgüter und immer mehr Technologie, einschließlich grüner Technologie, exportiert: Elektrofahrzeuge, Lithiumbatterien, Fotovoltaikanlagen usw.
Mehrere ausländische Beobachter drängen seit Jahren darauf, dass China das Problem dadurch lösen sollte, dass es immer mehr Vermögen von den großen Staatsunternehmen auf die Haushalte überträgt, wodurch deren Sparneigung sinkt und der Konsum steigt, und zwar in Richtung des riesigen Binnenmarktes, der den Einsatz von Exporten, Infrastrukturen und Immobilien zur Sicherung des Wachstums weniger notwendig machen würde. Der vielleicht exemplarischste Fall ist der von Michael Pettis, der an der Universität Peking lehrt und jeden zweiten Tag in „X" darüber schreibt und dem Problem sogar ein Buch gewidmet hat: Handelskriege sind Klassenkriege (Einaudi, 2021). Aber auch Paul Krugman hat in der New York Times darüber geschrieben.
Neu ist jedoch, dass inzwischen immer mehr Chinesen die Theorie des „gedopten" Wachstums und die Notwendigkeit, den Schwerpunkt des Wohlstands auf den Konsum der Haushalte zu verlagern, vertreten, auch um den „geteilten Wohlstand" (gongtong fuyu) zu erreichen, der eines von Xi Jinpings Schlachtrössern ist und der bis 2035 erreicht werden soll, nachdem das Ziel der „moderaten Wohlstandsgesellschaft" (xiaokang shehui) 2020 erreicht wurde, zumindest in offiziellen Erklärungen. Andererseits ist die „duale Zirkulation" (guonei guoji shuang xunhuan, wörtlich „duale nationale und internationale Zirkulation"), d. h. die Priorität des inländischen Verbrauchs bei gleichzeitiger Stärke im internationalen Handel, inzwischen Staatsdoktrin.
Im März schlug Zhang Jun, Dekan der Wirtschaftsfakultät der Fudan-Universität in Shanghai (einer der renommiertesten Universitäten), öffentlich einen „Plan zur Verdoppelung des Familieneinkommens" (jiating shouru beizeng jihua) vor, der sich an ähnliche Maßnahmen aus

den 1960er Jahren in Japan anlehnt.
Im Wesentlichen schlägt Zhang vor,:

- Erhöhung des realen Haushaltseinkommens durch eine angemessene Steuerpolitik. Dieser Ansatz sollte eine deutliche Erhöhung der Transferleistungen an die Haushalte beinhalten, einschließlich Kinderbetreuung, Grundbildung und staatlich unterstützte Gesundheitsdienste sowie kostenlose oder subventionierte medizinische Versorgung für Kinder und ältere Menschen", schreibt Zhang Jun. Wenn das kein Wohlfahrtsstaat ist, dann ist das schon sehr nahe dran.
- Tauschen Sie die Schulden zwischen den lokalen und zentralen Regierungen aus. Chinas Lokalregierungen sind chronisch verschuldet, weil der Großteil der Steuereinnahmen an die Zentralregierung geht, während der Großteil der Ausgaben an sie selbst geht, so dass sie versuchen, sich selbst zu finanzieren, indem sie Land an Bauträger vergeben (nicht verkaufen, Land bleibt in China öffentlich), aber die Immobilienblase schafft neue Schulden.
- Ankurbelung des Nominallohnwachstums, so dass es mindestens dem BIP-Wachstum entspricht.
- Liberalisierung der Märkte, damit eine bessere Umverteilung der Ressourcen auf „tugendhafte" Unternehmen erfolgt. Kurz gesagt, dies ist eine ziemlich eindeutige Botschaft, dass wir nicht länger bestimmte staatliche Hütten aus rein politischen Gründen subventionieren sollten.
  Noch bedeutsamer ist, dass Lou Jiwei, ehemaliger Finanzminister und derzeitiger Berater der Zentralregierung, sich kürzlich ebenfalls zur Notwendigkeit eines Einkommenstransfers geäußert hat. Er weist ausdrücklich auf Chinas „duale Stadt-Land-Wirtschaftsstruktur" (chengxiang eryuan jingji jiegou) hin: Da sowohl das Landverwaltungssystem (z.B. Landbesitz) als auch das Wohlfahrtssystem (z.B. Renten, Bildung und vor allem Gesundheitsversorgung) unterschiedlich sind, je nachdem ob ein Ort als städtisch oder ländlich eingestuft wird, gibt es de facto parallel „zwei Chinas" und eine immer größer werdende Kluft zwischen Stadt und Land in Bezug auf Einkommen und Konsum.
  Man bedenke, dass das derzeitige durchschnittliche verfügbare Einkommen in städtischen Gebieten etwa 51.800 Rmb (6.700 Euro) und in ländlichen Gebieten etwa 21.700 Rmb (2.800 Euro) beträgt (im Vergleich zu etwa 20.000 Euro in der Europäischen Union und 27.000 in Italien).
  Das Symbol und der Dreh- und Angelpunkt dieses dualen Chinas ist das Hukou-System, die Aufenthaltsbescheinigung, die Familien (nicht individuell, sondern familiär) an ihre Herkunftsorte bindet und von der Rechte und Dienstleistungen wie Schulbildung für Kinder, Zugang zu medizinischer Versorgung und Renten abhängen. Wenn man bedenkt, dass 64 Prozent der chinesischen Bevölkerung heute in Städten leben, aber nur 45 Prozent einen städtischen hukou besitzen, hat dies zur Folge, dass viele der rund 292 Millionen Wanderarbeiter in China keinen Zugang zu denselben öffentlichen Dienstleistungen – von der medizinischen Versorgung bis zur Bildung – haben wie die Stadtbewohner. Einst trug das System dazu bei, eine riesige industrielle Reservearmee mit niedrigen Kosten zu schaffen, die chinesische Waren auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig machte. Heute, in einer Zeit, in der man sich auf den heimischen Markt konzentriert, ist das nicht mehr der Fall.
  Der beste Weg, um die Kluft zwischen Stadt und Land endgültig zu überwinden, ist nach Ansicht von Lou die Einführung einer Immobiliensteuer, wenn auch mit äußerster Vorsicht, da der Ziegelmarkt bereits in einer eigenen Krise steckt.
  Die Debatte darüber, wie man die Wirtschaft wieder ankurbeln kann, ohne Spekulationsblasen und Verschuldung zu erzeugen und gleichzeitig die soziale Ungleichheit zu verringern und die Ressourcen auf die Familien zu verlagern, geht in der

Regel nicht über marktkonforme Lösungen hinaus und hat fast immer einen unangenehmen paternalistischen Beigeschmack, der gut zu den Gründen des Kapitals und der chinesischen Tradition passt: Hierarchien werden nicht in Frage gestellt, aber Ungleichheit ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie zum Wohle aller ist, wobei der Kaiser der Garant für diese „Harmonie zwischen Himmel und Erde" ist.

Der besagte Kaiser – also Xi Jinping – ist den Weg des autoritären Paternalismus so weit gegangen, dass er beispielsweise den großen Technologieunternehmen, die in den letzten zehn Jahren ohne Kontrolle unermesslich reich geworden sind, „vorschlägt", Stiftungen und Wohltätigkeitsorganisationen als Ableger ihrer Unternehmen zu gründen.

Der Punkt ist, dass im chinesischen Entwicklungsstaat[1] die (hypothetische) Wohlfahrt vor allem in einem utilitaristischen Sinne verstanden wird: einerseits als Instrument zur Verringerung sozialer Spannungen und jeglicher Gefahr der Destabilisierung, andererseits, wie wir bereits sagten, als mögliches Mittel zur Steigerung der Binnennachfrage.

Ist in diesem Zusammenhang Platz für ein (stets hypothetisches) Bürgergeld (UBI) mit chinesischen Merkmalen?

Offensichtlich nicht, obwohl einige behaupten, dass China uns überraschen könnte. In den Sonderverwaltungszonen Hongkong und Macao wurde das Bürgergeld um die Jahreswende 2008 herum erprobt, in Festlandchina nie, und vor allem waren sie immer als Maßnahmen zur Armutsbekämpfung gedacht, die je nach Budget der lokalen Behörden reversibel sind.

In einer Diskussion hörte ich mich sagen: „Ich kann mir nichts vorstellen, was weniger asiatisch orientiert ist als ein universelles Grundeinkommen". In dieser starren Darstellung eines vermeintlichen Volksgeistes des Ostens findet sich jedoch die weit verbreitete Vorstellung, dass das Grundeinkommen ein „Faulenzer"-Ding ist, das ganz im Gegensatz zum angestammten Materialismus konfuzianischer Kulturen steht, der zu Fleiß (mit begleitender Meritokratie) anspornt. Sogar einige chinesische „linke" Intellektuelle argumentieren ausdrücklich, dass der von der Kommunistischen Partei geweckte „revolutionäre Geist" – der sich in der Mobilisierung der Massen niederschlägt – vom maoistischen China auf das China Deng Xiaopings in Form der Energie der in der Marktwirtschaft zu entfesselnden Produktivkräfte übergegangen ist.

Xi Jinping seinerseits hat wiederholt seine Abneigung gegen die so genannten „sdraiatists" (tangping) bekräftigt, d.h. die jungen Menschen, die einen auf den frenetischen Wettbewerb ausgerichteten Lebensstil ablehnen, und offen gesagt habe sogar ich ernsthafte Zweifel, wenn die Idee der „großen Resignation" auf China ausgedehnt wird. Die „großen Resignationisten" sind derzeit ein rein städtisches Nischenphänomen; es ist zu früh, um sie als langfristigen Trend zu identifizieren.

Selbst das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen hat sich zur Unhaltbarkeit eines UBI in China geäußert und berechnet, dass die Gesamtkosten, wenn man jedem Chinesen ein monatliches Grundeinkommen von 267 Renminbi (etwa 35 Euro, was in den großen chinesischen Städten fast nichts ist) gäbe, etwa 4,5 Billionen Rmb betragen würden, d. h. ein Viertel der Steuereinnahmen. In der üblichen kulturalistischen Lesart wird auch argumentiert, dass das Geld für das Grundeinkommen nicht in Form von Konsum in die Wirtschaft zurückfließen würde, weil „die Menschen aufgrund der traditionellen chinesischen Kultur weiterhin arbeiten und die Grundeinkommenszulage in Form von Ersparnissen anhäufen würden". Der folgende Ratschlag lautet daher, die bestehenden Sozialhilfeprogramme zu stärken.

Letztlich zeigt sich, dass China in seinem mehr als hundertjährigen Streben nach einem Entwicklungs- und Wohlstandsniveau, das mit dem der aus dem Westen kommenden „Barbaren" vergleichbar ist, wieder einmal mehr auf die Angebotsseite als auf die Nachfrageseite setzt, mehr auf den „Technologiesprung" – also das Erklimmen der

Wertschöpfungskette mit hochinnovativen Produkten – als auf die Umverteilung von Wohlstand. Die Debatte über die Entwicklung des Binnenmarktes ist jedoch mittlerweile alltäglich und wird wohl nicht ewig eine bloße Angelegenheit staatlich „suggerierter" unternehmerischer Bevormundung bleiben.

ANMERKUNGEN

[1] Bei der Verfolgung der Wirtschaftsgeschichte des heutigen China analysiert Chuang Collective in zwei Artikeln den Übergang vom „sozialistischen Entwicklungsregime" zum „kapitalistischen Entwicklungsprozess": https://chuangcn.org/journal/one/sorghum-and-steel/;

- Original hier: https://effimera.org/cina-quale-welfare-per-la-crescita-di-gabriele-battaglia/